

Neuer Riesenradplatz

# Steuer-Millionen für Planungsdebakel

6,6 Millionen Euro sollen die Finanz-Tragödie um den Riesenradplatz entschärfen. Der Steuerzahler muss blechen.

VON MICHAEL BERGER

Der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten. Denn die Stadt wirft bei der Finanz-Misere rund um den neuen Riesenradplatz den Rettungsanker. 6,6 Millionen Euro aus der Stadtkasse müssen ein Planungsdebakel kaschieren.

Dafür wird am Dienstag der Wiener Stadtsenat sorgen. Denn Vizebürgermeisterin Grete Laska stellt einen „Antrag zur Beschlussfassung“ für eine Finanzspritze aus dem Stadtbudget.

Mit diesem Geld sollen 40 Firmen – sie waren an der Errichtung des Platzes beteiligt – 40 Prozent der erbrachten Arbeitsleistungen ausbezahlt bekommen. Die Forderungen betragen 20 Millionen.

**Weiterbau trotz Insolvenz** Wie berichtet, schlitterte der Generalunternehmer, die Firma Explore 5 D, in die Pleite. Eingesetzt wurde Explore vom Bauherren Immoconsult (ein Leasing-Finanzierer) und der Riesenradplatz-Errichtungs GmbH (eine Tochter der Stadt). Die Baukosten wurden mit 28 Millionen Euro gedeckelt. Die Kosten explodierten, Explore meldete Insolvenz an. Trotzdem wurde weitergebaut. Denn die Fußball-Europameisterschaft stand vor der

Türe. Selbst nach Projektende sahen die geschädigten Firmen kein Geld. Für mehrere Klein- und Mittelbetriebe stand die Existenz auf dem Spiel. Also zeigten die Grünen Explore an (betrügerische Krida, Betrug und Untreue). Planungssprecherin Sabine Gretner: „Wir wollten eigentlich die Stadt anzeigen, aber das war wegen der gefinkelten Auftragsvergabe nicht möglich.“

**Fiasko** Für 27. August war die Ausgleichsverhandlung angesetzt. Dabei wurde das Fiasko offensichtlich. Denn um die von den geschädigten Firmen angestrebte 40-prozentige Ausgleichszahlung zu erreichen, fehlten 6,6 Millionen Euro. Somit drohte statt dem Ausgleich der glatte Konkurs. Die 40 Unternehmen wären auf ihren Forderungen sitzen geblieben.

Als letzter Kompromiss blieb der Zwangsausgleich von Explore. Dabei aber hätten die Firmen 20 Prozent der Außenstände erhalten. Damit wollten sich die Gläubiger allerdings nicht abfinden.

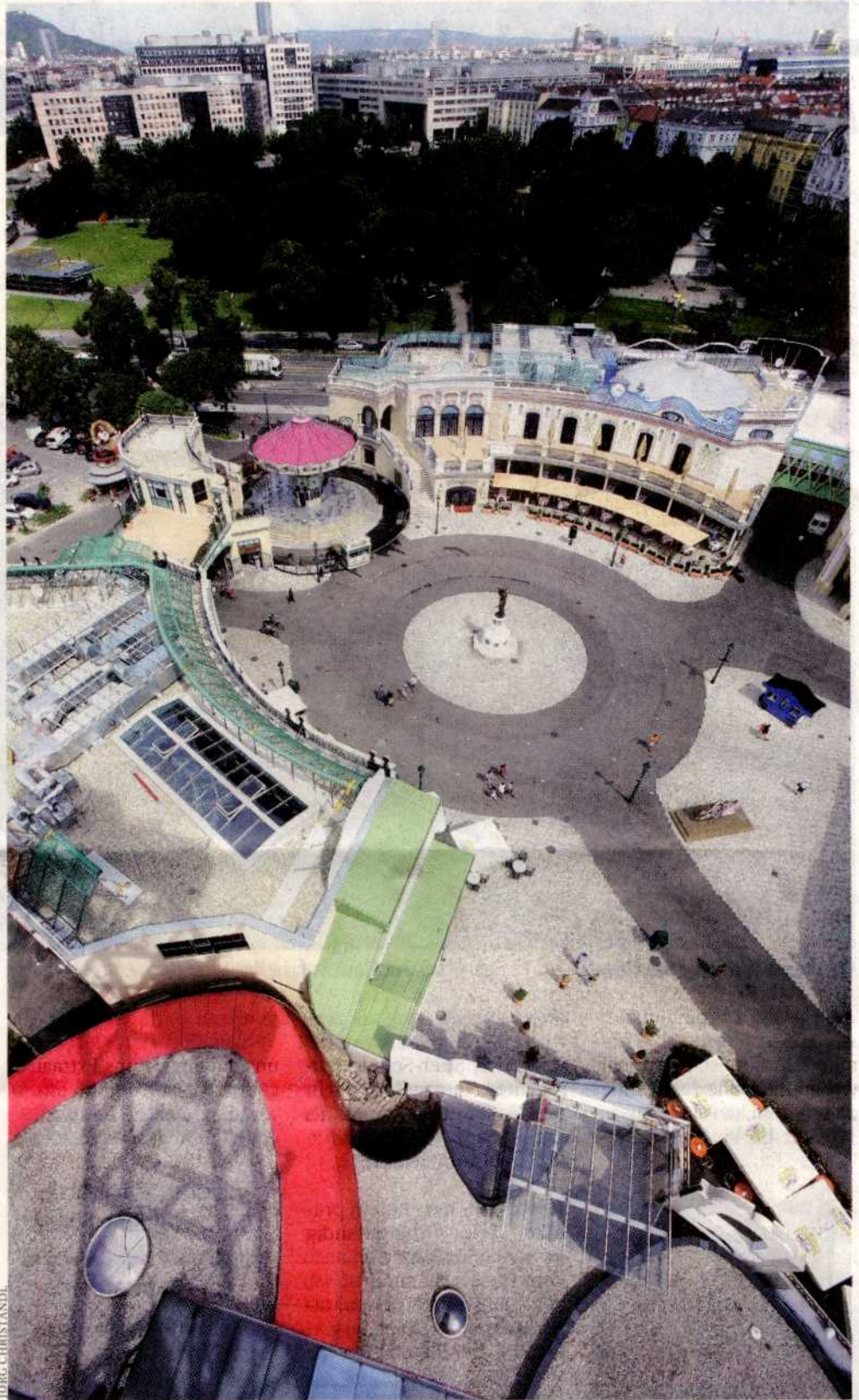
Das Rathaus stand unter Zugzwang. Wäre es zu keiner Einigung gekommen, hätte der Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft, also der Stadt Wien, ein jahrelanges Beweisverfahren gedroht. Am 17. September muss das Geld bei der Masseverwalterin eingelangt sein. Laska: „Wir garantieren, dass der Ausgleich funktioniert.“

Für VP-Chef Norbert Walter ist Laska nach dem Praterdebakel „rücktrittstreu“.



G. Laska: „Garantie für den Ausgleich“

**INTERNET**  
www.prater.at



**Riesenradplatz:** Die Projektkosten explodierten, jetzt muss der Steuerzahler mit 6,6 Millionen aushelfen

## Hintergrund: Von Euphorie über Streit bis zum Kadi

**Startschuss** Am 15. Dezember 2006 erteilt der Wiener Gemeinderat an die Stadt Wien Marketing und Prater Service GmbH den Auftrag zur Neugestaltung des Riesenradplatzes. Die Flächen sind im Eigentum der Stadt.

**Kritik** Schon in der Planungsphase hagelt es wegen des Walt-Disney-Ambientes der Fassaden von der Wiener Architekten-Gilde Kritik. Auch wegen des Zeitdrucks durch die Fußball-EURO kommt das Projekt in finanzielle Nöte.

**Gericht** Am 15. Juli zeigen die Grünen den Generalunternehmer Explore an. Am 19. August folgen die ersten Einvernahmen, der Staatsanwalt ermittelt im Prater. Und bis 17. September sollte der Ausgleich durch sein.